

# Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

# Weltwochenschau

## Der Schrei nach Kolonien

Es ist an den Tag gekommen, welchen Preis die Achsenmächte Polen für seine Neutralität im kommenden Konflikt, allenfalls für seine Teilnahme auf deutscher Seite versprechen: Abgesehen von der Aufschubung der ukrainischen Angelegenheit verheißt man ihm eine Kolonie. Welche, das wird nicht gesagt. Und auch nicht, wie sich Polen seine freie Verbindung mit einem fernen Kontinent zur See vorstellen soll. Diese Vorstellung ist ein wenig schwierig; den Schlüssel zur Ostsee, worin Polen geographisch gefangen sitzt, hätte das siegreiche Deutschland in Händen, und eine „polnische Kolonie“ würde nichts weiter als eine deutsche mit gewissen polnischen Nominalrechten sein.

Obwohl die Regierungspresse in Warschau angefangen hat die Kolonialfrage zu diskutieren, läßt sich nicht sagen, wie ernst man diese eigenen Wünsche und ihre zweifelhafte Erfüllungsmöglichkeit nimmt. Es müßte aber nicht im Wesen der großen Politik liegen, alle denkbaren Ansprüche aufzugreifen und anzumelden, und sei es auch, um über diese Anmeldung an andere Objekte zu erreichen. Sogar die Drohung Polens, sich mit Italien und Deutschland gemeinsam ein Stück Afrika oder Asien zu holen, ließe sich als freundliche Einladung an Amerika, England und Frankreich deuten, dem Weichsellande wirtschaftliche Vorteile zu gewähren, die man dringend brauchen kann. Denn die Wirtschaftskrise wütet in diesem armen neuen Staat kaum weniger als im übrigen nahen Osten.

Aber es ist noch nicht so weit, wie die Italiener es gerne hätten. Und vorderhand sind es weniger die Polen als ihre Freunde, die von einer „dreifachen Kolonialfront“ träumen. Italienischerseits setzt sich vor allem Minister Gayda mit dem Fall auseinander und bringt Argumente, die zweifellos „an sich richtig“ sind: Die Achsenmächte und Polen haben landwirtschaftlichen Nachwuchs, der Boden braucht; in gewissen Gebieten der Erde könnten weiße Siedler Boden erschließen und Rohstoffe ausbeuten, und es sind nicht England und Frankreich, die unter Geburtenüberschuß leiden. Von europäischer Warte aus gesehen, könnte man sich ein „Kondominium“ aller großen und mittlern Staaten über die kolonialen Gebiete denken, und diese „gemeinen Herrschaften“ würden praktisch die europäische Solidarität fundieren.

Nur wollen leider die Diktaturen nicht eine solche gemeinsame Herrschaft . . . sie wollen eine Neu-Aufteilung. Und sollte sie das größte Blutbad der Weltgeschichte zeitigen, geteilt muß werden! Und selbstverständlich geben die besitzenden Mächte nichts her! Und sind auch nicht so weise, ihrerseits jene Gemeinherrschaft vorzuschlagen, die für sich ein unausdenkbares Plus buchen müßte.

Mit dem moralischen Plus der Achsenmächte aber steht es anders. Die in einem grausamen weltgeschichtlichen Jahrhundert eroberten afrikanischen Gebiete und alle übrigen für die Teilung in Frage kommenden Gegenden eignen sich keineswegs für die Massensiedlung wie etwa vor zwei Jahrhunderten Nordamerika oder das südliche Südamerika. Die Vorstellung, deutsche oder polnische Tochterstaaten an der Goldküste oder in Angola oder wer weiß wo begründen zu können, muß forgiert werden. Man kann einige tausend Deutsche an die Stelle der britischen und französischen Plantagenbesitzer und Aufseher setzen und die Rohstoffe mit deutschem Kapital ausbeuten . . . das ist aber auch alles. Die Frage, die alle kleinen und mittlern Staaten beschäftigen muß, lautet sehr klar: Würden wir Kleinen künftig ebensolch in den Besitz kolonialer Erzeugnisse gelangen wie heute, unter britischer Weltherrschaft? Würden die Helden, die die Krümer ablösen wollen, Reis, Zucker, Tee, Jute und was

dergleichen Dinge sind, auch so loyal gegen industrielle Produkte aus aller Welt tauschen?

Wenn die Eroberermächte berechnete Wünsche anmelden und nicht auf Krieg ausgehen wollen, dann gibt es niemand, der vernünftiger auf solche Wünsche reagieren wird, als gerade die „Händlervölker“, die verspotteterweise nur an Geschäfte statt an politische Ideale denken. Die Pazifizierung der Nazis durch wirtschaftliche Hilfe gehörte zu den Vorstellungen, die so lange Englands Aufrüstung verhinderten und beispielsweise in Gibraltar ganze zwei Gasmasken und eine einzige Flugabwehrbatterie anschaffen ließen . . . bis zum September 1938. Und dieses England, das sich erst jetzt eines andern besonnen, würde morgen bereit sein, zu fragen, worin die Deutschen eine Möglichkeit erleichterter kolonialer Rohstoffbeschaffung erblickten. Das Reich müßte nur die Parole ausgeben: Butter statt Kanonen. Da aber im Reiche die Vorstellung gilt, daß es unerträglich sei, gewisse Stoffe von Eigentümern kaufen zu müssen, die sie schließlich auch zuerst herauswirtschaften, so produziert man eben Kanonen statt Butter.

Der Sommer 1939 wird als wichtigstes Ereignis Klärung in der Frage bringen, auf welche Weise die Deutschen ihre ehemaligen oder andere Kolonien zu holen gedenken. Denn daß sie sie holen wollen, und daß es die großindustriellen Kreise sind, die hinter dieser ehernen Forderung stehen, daran ist nicht zu zweifeln. Aber entscheiden wird sich, ob der deutsche Generalstab sich stark genug glaubt, allein mit Italien und allenfalls Polen Forderungen anzumelden und alsdann mit den Waffen das Beforderte zu holen, oder ob er das eben nicht glaubt. Tritt der zweite Fall ein, dann haben wir eine deutsche Krise, und in Berlin wird zu diskutieren sein, welche neuen Freunde man sich anschaffen könnte.

Es gibt, so weit man in der Welt herumspäht, für Deutschland immer nur einen natürlichen Verbündeten, nämlich das durch die bolschewistische Ideologie vom Dritten Reiche getrennte Rußland, nebenbei gesagt, der beste Kunde und zugleich Lieferant der deutschen Großindustrie. Es wäre für den „besitzenden Westen“ eine furchtbare Gefahr, wenn er die beiden Riesenmächte in eine Front triebe!

## Habemus Papatam

Der neue Papst ist gewählt worden, einstimmig, im ersten Wahlgang. Kardinal Pacelli, der schon bisher die Politik des Vatikans geleitet, ist Sieger über seinen Rivalen Maglioni geblieben. Dieser Sieg wurde von all jenen, die mit dem Feldstecher nach „günstigen Zeichen“ für die demokratische Front suchen, als Niederlage Mussolinis registriert; man jubelte in Paris, man murmelte eifrig Beifall in London, man ging rasch über die Tatsache hinweg, daß Maglioni, der sogenannte Kandidat Mussolinis, künftig den frühern Posten Pacellis im Vatikan, den des „Generalsekretärs“, einnehmen wird. Kurz und gut, man verschloß die Augen vor der Wahrheit, daß der Weltkatholizismus einen seiner berühmten „Kompromisse zwischen zwei Lagern“ gefunden, und daß von der höchsten Führung der großen katholischen Gemeinschaft nicht mehr zu erwarten sein wird als bisher.

Nun hat die Kirche andere als politische Aufgaben, und wenn der Glaube, für den sie kämpft, ihr einziger Gegenstand bleibt, und wenn er in dieser Krisenzeit eine Neubelebung erfährt und in gewissen verdorrten Wurzeln aufs Neue treibt, dann wird auf längere als „nur politische Sicht“ allerlei Gutes für Europa und die Welt heraus schauen. Damit ist aber auch die Frage gestellt, ob die Kirche jene Kraft entfaltet, welche die Neubelebung des Glaubens erfordert. Es ist jene Kraft, die vor mehr als hundert Jahren einen Papst

als Gefangenen des Diktators Napoleon nach Avignon führte, jene Kraft, die sich nicht scheut, der Politik ein Veto zu gebieten, wo sie ihre Grenzen überschreitet, jene Kraft, die wagt, die Gläubigen aufzubieten und zu Handlungen zu veranlassen, die vielleicht Verfolgungen nach sich ziehen.

Wird der Papst, der sich Pius XII. nennt und als seine Parole „Arbeit, Friede, Gerechtigkeit“ ausgibt, mehr wollen, mehr wagen, mehr vermögen als zu jener Zeit, da er als „Generalsekretär“ des Vatikans auf ungefähr demselben Posten stand, politisch betrachtet? Wird er die Waffen nicht mehr segnen helfen, wie er sie segnen half, als die Armeen des Duce losbrachen, um „das christliche Abessinien“ zu erobern und die Mohammedaner vom Joch ihres christlichen Regus zu befreien? Wird er mit mehr Entschiedenheit die Ansprüche des Rassenprogramms in Italien und Deutschland bekämpfen? Und zwar so, daß er die ganze Gesetzgebung auf diesem Gebiete als kein katholisches Gewissen verpflichtend verdammt?

Wir erwarten nichts weiter als die schon bisher praktizierte Neutralität der Kirche, die bedeutet, daß sie mit jedem Staate paktiert, sobald er bereit ist, sie anzuerkennen und ihre moralischen und materiellen Belange zu halten oder zu vermehren. Und wir sind sicher, daß es weiterhin kirchliche Weisheit erster Ordnung sein wird, einen an die Macht gelangten Sieger, ob er nun Franco oder sonstwie heiße, ob er rot oder schwarz sei, anzuerkennen, falls er nicht an die Säulen der kirchlichen Macht rührt. Es mag sein, daß die Liebe Pius XII. eher den demokratischen Staaten gehört, aber nur soweit sie der Kirche toleranter als die totalitären gegenüberstehen.

### Punkt Neutralität.

#### Motto:

Herr Goebbels, der hat's gut:  
Wenn er was schreiben tut,  
mault nie kein Leser mehr . . .  
denn er ist mächtiger!

Herr D. B. hat die Neutralität des Weltwochenchau-Verfassers in Frage gestellt. Und an anderer Stelle seiner Kritik wird ihm gewissermaßen die „Bodenständigkeit“ als Gegensatz zu seiner Haltung vor Augen geführt. Trotzdem ich mich auch für bodenständig halte, möchte ich mit einer arabischen Legende antworten. In dieser Legende wird die Brücke zum Paradies beschrieben. Sie sei so scharf wie ein Rasiermesser, und wer sich nur den Hauch einer Abweichung nach links oder rechts leiste, falle unweigerlich hinunter in den Höllentrom. Genau so verhält es sich mit der „absoluten Neutralität“, die der mathematischen Linie, also einem „substantiellen Nichts“, gleichkommt. Die wirkliche, mögliche, aber darum auch relative Neutralität ist notwendigerweise eine andere als jene absolute. Will man sie erkennen, muß man sie mit den Extremen von rechts und links vergleichen. Diesen Vergleich kann ich aushalten, und Herr D. B. wird mir das sicher bestätigen.

Wenn er mir aber diese Bestätigung nicht versagt, dann sind wir auch darüber einig, daß Neutralität in mancherlei Spielarten vorkommt. Dem einen gefallen Dinge, die der andere ablehnen muß, und oft sind nur Gewohnheiten an Urteilen schuld, oder Beziehungen, oder Freundschaften. Dem Verfasser macht z. B. die Motion eines Nationalrates Eindruck, den er kennt, und eine gleichgerichtete andere überfieht er, weil er den Herrn noch nie gesprochen. Zugegeben, das ist ein Fehler. Aber der Fehler wird erklärlich, wenn man überlegt, daß der Verfasser von der Motion nicht wegen seiner Bekanntschaft mit Herrn N. geschrieben, sondern weil er ihre Ablehnung durch das Parlament als „ungut“ empfunden. Herr D. B. kann versichert sein: Ob die Motion dem einen oder andern Lager entstammt, ist weniger wesentlich als die Tatsache, wie das Parlament auf ihren Inhalt reagiert.

Was Duttweilers „Behropfer“ und Flugzeuginitiative betrifft: Der Verfasser und seine Familie boykottieren Migros, Epä, usw. weil sie alles „Billige“ als Ergebnis irgendeines Lohndruckes ansehen und wissen, welche gewaltige Bedeutung Lohn und Einkommen des Arbeiters, des Bauern und des Gewerblers für den Bestand unseres Volkes haben. Dies nur, um zu sagen, daß mir ganz gewiß keine Sympathien für den Herrn „Lutti“ vorgeworfen werden können. Hier bin ich nicht mehr „neutral“ . . . in keiner Weise mehr. Und trotzdem: Die Herren „Fachleute“ vom Militärdepartement sind ja die gegebenen Männer, um eine allfällig siegreiche Flugzeuginitiative und ein „Behropfer“ so „in die Fassen zu klappen“, daß daraus das praktisch Mögliche hervorgeht. Leider hat der Verfasser seit langem die Vorstellung, alle „praktischen Möglichkeiten“ würden bei uns nach dem guten Willen jener bemessen, die den Rassenschlüssel besitzen; von dem, was wirklich möglich wäre, kann man sich kein Bild machen. Hoffentlich kommt es nie dazu, daß wir sagen müssen: „Hätten wir das und das getan, wir wären nicht unters Rad gekommen! Hätten wir unser wirklich Mögliches getan . . .!“

Und nun zum Schluß: Spanien! Es wird uns Schweizern oft vorgeworfen, wir seien Besserwisser. Oberst Bircher wünschte die Einziehung aller Spanienheimkehrer ins Grenzschutzkorps und „Ausforschung“ der Reisläufer nach den und jenen brauchbaren Einzelheiten moderner Kriegsführung . . . für die Praxis. Herr Bircher meint, wir könnten was lernen . . . Herr D. B. als Offizier meint, wir hätten da nichts zu lernen. Damit kann ich mich zurückziehen und die zwei Fachleute unter sich diskutieren lassen.

Herr D. B. meint aber auch, das bodenständige Volk sei mit einer Amnestierung der Reisläufer nicht einverstanden gewesen. Dem Verfasser hat eine bestimmte Tatsache großen Eindruck gemacht. Unter Franco dienten fast keine Schweizer. Bei den „Roten“ standen, alle europäischen Völker gerechnet, prozentual am meisten von unsern Landsleuten, und die Tessiner stellten ihrerseits den höchsten Prozentsatz unter den Schweizern. Natürlich steht dem die Zahl der aus Rotspanien vertriebenen Schweizer gegenüber, die durch Enteignungen alles verloren. Und selbstverständlich bestand die Gefahr, daß eine siegreiche republikanische Regierung unweigerlich dem Chaos der streitenden Parteien und schließlich der einzigen zur Machtergreifung à tout prix entschlossenen Kommunistenpartei zum Opfer gefallen wäre: schweizerische Unternehmungen in Spanien und Schweizerkapital wären erledigt worden. Aber diese Gefahr bestand vor Francos Erhebung nicht, und ob sie heute, nach seinem Siege, gebannt sei, wissen wir nicht. Doch stehen nicht diese Dinge zur Diskussion, sondern jene Fragen, die aus der unabwegbaren Tatsache der einseitigen Reisläuferei auf Republikanerseite stammen: Reisläuferei ist verboten, folglich wird eine Übertretung des Verbots geahndet. Wenn aber offensichtlich nur auf eine Seite hin gereisläufert wird, so bedeutet dies eine lebendige Manifestation von Sympathien. Ahndet man die Verbotsübertretung, dann braucht dies nicht zu heißen, daß man jene Sympathien verdamme. Aber es heißt praktisch gerade das. Und anders wird die Amnestieablehnung links nicht verstanden.

Herr D. B. wird zugeben, daß zwischen Kindern und Stiefkindern eine beglückende Zusammenarbeit unmöglich wird, wenn die „Kinder“ die „Stiefkinder“ bei jeder Gelegenheit merken lassen, wie viel „minder“ ihre Ansichten, ihre Sympathien, ihre Überzeugungen seien. Wer „neutral“ schreiben will, muß eher den Stiefkindern das Wort reden. Die andern machen sich schon geltend. Im übrigen: „Herr Goebbels, der hat's gut . . .“ Damit sei die für einmal erlaubte Polemik geschlossen.